

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 24.06.2015,
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Elke Vollmer
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Iko Chmielewski
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher
	Rudolf Böcker
	Heinz Peter Boyken
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Hergen Eilers
	Dr. Susanne Engstler
	Karl-Heinz Funke
	Christoph Hinz
	Egbert Jackenkroll
	Jörn Kickler
	Bernd Köhler
	Lars Kühne
	Abbes Mahouachi
	Djure Meinen
	Alfred Müller
	Cornelia Papen
	Dirk von Polenz
	Georg Ralle
	Sebastian Schmidt
	Ingrid Schuster
	Steffen Schwärmer
	Dorothea Weikert
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Meike Knop
	Jörg Kreikenbohm
	Jens Neumann
	Johann Taddigs

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Feststellung der Tagesordnung**
 - 2.1 Anträge auf Änderung der Tagesordnung
Vorlage: 164/2015
- 3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 18.03.2015**
- 4 **Einwohnerfragestunde**
- 5 **Ehrungen (35-jährige Ratszugehörigkeit Rudolf Böcker)**
- 6 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
 - 6.1 **Verwaltungsausschuss vom 16.04.2015 (zur Kenntnis)**
 - 6.2 **Verwaltungsausschuss vom 07.05.2015**
 - 6.2.1 **Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 20.04.2015**
 - 6.2.1.1 Antrag des Heimatvereins Varel e.V. vom 02.02.2015 auf Umbenennung von Straßen im Neubaugebiet Hafestraße (Bebauungsplan Nr. 201)
Vorlage: 086/2015
 - 6.3 **Verwaltungsausschuss vom 28.05.2015**
 - 6.3.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 19.05.2015**
 - 6.3.1.1 Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung (Bürgermeister-Heidenreich-Straße) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 104/2015
 - 6.3.2 **Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 20.05.2015**
 - 6.3.2.1 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2013; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresverlustes
Vorlage: 110/2015
 - 6.4 **Verwaltungsausschuss vom 18.06.2015**
 - 6.4.1 **Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 27.05.2015**
 - 6.4.1.1 Prädikatisierung Nordseebad Dangast
Vorlage: 117/2015
 - 6.4.2 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 02.06.2015**
 - 6.4.2.1 Resolution des Rates der Stadt Varel zur zukünftigen Nutzung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Friedrichsfeld
Vorlage: 128/2015

6.4.3 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 04.06.2015

6.4.3.1 Antrag auf Einrichtung eines außerschulischen Ganztagsangebotes an der Grundschule Obenstrohe
Vorlage: 139/2015

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

8 Anträge und Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die Ratsherren Redeker, Dr. Seelig und Weden entschuldigt fehlen.

2 Feststellung der Tagesordnung

2.1 Anträge auf Änderung der Tagesordnung Vorlage: 164/2015

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest und gibt bekannt, dass die Fraktion ZUKUNFT VAREL sowie die Gruppe SPD/CDU/FDP jeweils anliegende Anträge gestellt haben, die Tagesordnungspunkte 6.4.1.1.1 bis 6.4.1.1.3 von der Tagesordnung abzusetzen.

Ratsherr Funke begründet den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL mit dem offenen Antrag seiner Fraktion vom 17.01.2015 (Vorlage 019/2015) zum Geschäftsleben in Varel, welcher in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 03.02.2015 in die Fraktionen verwiesen wurde. Unter anderem beantragte die Fraktion ZUKUNFT VAREL die Aufschiebung des Beschlusses über den Bebauungsplan Schützenwiese um 3 Jahre sowie die Bildung eines Arbeitskreises. Nach fast fünf Monaten Beratung in den Fraktionen, vermisst er noch immer eine Rückmeldung. Es sei ein Gebot der Fairness, die heute auf der Tagesordnung unter TOP 6.1.4 stehenden Beschlüsse nicht zu beschließen und von der Tagesordnung abzusetzen, bis die Beratung in den Fraktionen abgeschlossen ist. Darüber hinaus sollte mit einem Beschluss über den Bebauungsplan Schützenwiese abgewartet werden, bis die Entwicklung im ehemaligen Mar-

kant-Markt geklärt ist.

Die Fraktion MMW begrüßt die Anträge auf Absetzung der Tagesordnungspunkte 6.4.1.1.1 bis 6.4.1.1.3. Die Entscheidung ist im Zusammenhang mit der Ansiedlung des RWG-Marktes zu sehen. Sollte die Ansiedlung genehmigt werden, führt dieses zu einer Entwertung des Einzelhandelsgutachtens und wird fatale Auswirkungen für die Geschäftsleute und Investoren haben. Bei der Umsiedlung von ALDI ist zu bedenken, dass es sich nicht nur um eine reine Umsiedlung, sondern auch um eine Erweiterung von zusätzlichen Flächen für Aktionsware handelt. Die Fraktion MMW wird den Anträgen auf Absetzung der Tagesordnungspunkte zustimmen.

Ratsherr Bruns entschuldigt sich im Namen der Mehrheitsgruppe dafür, dass sie bislang eine Rückmeldung zum Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL versäumt haben. Die Gruppe spricht sich für die Bildung eines Arbeitskreises aus. Dieser Arbeitskreis sollte allerdings erst nach der Entscheidung über ALDI und RWG ins Leben gerufen werden, da die Diskussion um diese Um- bzw. Ansiedlung bereits sehr weit fortgeschritten ist und daher eigentlich schon heute eine Entscheidung hätte getroffen werden können. Die SPD/CDU/FDP-Gruppe hat dennoch einen Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung gestellt, da ein enger Zusammenhang mit der Wiederbelebung des Markant-Marktes gesehen wird und in diesem Bereich zurzeit intensive Verhandlungen stattfinden. Ziel ist es den Bebauungsplan Schützenwiese in die nächste Ratssitzung zu verabschieben, die Mehrheitsgruppe spricht sich gegen die beantragte Schiebung um 3 Jahre aus.

Ratsherr von Polenz wird den Anträgen zustimmen, da er einen engen Zusammenhang mit der Entwicklung im Markant-Markt sieht.

Die Tagesordnungspunkte 6.4.1.1.1 bis 6.4.1.1.3 werden einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Einstimmiger Beschluss

3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 18.03.2015

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 18.03.2015 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

Ein Betroffener aus der Innenstadt erkundigt sich nach dem aktuellen Stand in Sachen Wiederbelebung des Markant-Marktes. Durch die Schließung des Markant-Marktes sank die Frequenz in der Innenstadt um ca. 30 %. Er befürchtet, dass, wenn die Entscheidung zu ALDI nicht geschoben wird bis eine Entscheidung zum Markant-Markt vorliegt, vollendete Tatsachen geschaffen werden, mit negativen Folgen für die Verhandlungen. Bürgermeister Wagner antwortet, dass er in Sachen Markant-Markt regen Kontakt mit der Fa. Bünting hat. Die Fa. Bünting ist an eine schnelle Entscheidung interessiert. Verhandlungen mit der Fa. netto laufen, netto lässt sich aber nicht drängen. Er wird nochmals versuchen durch persönlichen Kontakt die Angelegenheit zu beschleunigen.

Auf Nachfrage eines weiteren Bürgers, warum die Entscheidung zum Bebauungsplan Schützenwiese nicht zurückgestellt wird, bis die Angelegenheit Markant-Markt entschieden ist, erläutert Ratsherr Bruns, dass sie sehr wohl den Zusammenhang sehen und sich daher heute für die Absetzung von der Tagesordnung entschieden haben. Die Mehrheitsgruppe hofft, dass bis zur nächsten Ratssitzung eine Entscheidung vorliegt. Sie möchten durch die Schiebung der Entscheidung zur Umsiedlung des ALDI-Markts ein politisches Signal setzen, welches vielleicht die Entscheidung zum Markant-Markt beschleunigt.

Der Bürger weist darauf hin, dass in der nächsten Zeit weitere 2-3 Läden in der Innenstadt schließen werden. Er befürchtet durch die Um- bzw. Ansiedlung von ALDI und RWG um zweistellige Umsatzeinbußen für die Innenstadt. Auf Nachfrage, ob die inhaltlichen Festsetzungen des B-Planes zu den innenstadtrelevanten Flächen noch verändert werden können, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass die Bedenken im Rahmen der Abwägung eingeflossen sind und der jetzt zur Beschlussfassung vorgelegte Bebauungsplan in dieser Form in den Gremien beraten wurde. Die abschließende Entscheidung liegt beim Rat.

Auf Nachfrage des Bürgers, wer die Einhaltung der zugelassenen innenstadtrelevanten Flächen kontrolliert, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass die Stadt Kontrollen durchführen und Ordnungswidrigkeiten ahnden wird. Sollte eine Anzeige wegen eines Verstoßes eingehen, wird ihr nachgegangen. In diesem Zusammenhang weist ein weiterer Bürger darauf hin, dass der Blumenladen im Famila-Markt häufig seine zugelassene Fläche durch Ausweitung des Außenbereichs unzulässig erweitert. Er appelliert an die Stadt, hier vermehrt aktiv zu werden.

Ratsherr Funke regt an, die Erweiterung des ALDI-Marktes nochmals in den Gremien zu beraten, da aus seiner Sicht einige Ratsmitglieder bei ihrer positiven Bewertung einer ALDI-Umsiedlung die Erweiterung nicht bedacht haben.

5 Ehrungen (35-jährige Ratszugehörigkeit Rudolf Böcker)

Bürgermeister Wagner erklärt, dass Ratsherr Böcker 35 Jahre dem Rat der Stadt Varel angehört. Er überreicht ihm eine entsprechende Ehrenurkunde der Stadt Varel nachdem er seine Verdienste um das Wohl der Stadt Varel gewürdigt und ihm namens des Rates der Stadt Varel Dank und Anerkennung ausgesprochen hat. Die ihm zugedachte Jubiläums-Zuwendung wird auf Wunsch des Ratsherrn Böcker der Vareler Hospizbewegung gespendet.

Ratsvorsitzende Schneider würdigt die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit des Ratsherrn Böcker.

6 Berichte und Anträge der Ausschüsse

6.1 Verwaltungsausschuss vom 16.04.2015 (zur Kenntnis)

6.2 Verwaltungsausschuss vom 07.05.2015

6.2.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 20.04.2015

6.2.1.1 Antrag des Heimatvereins Varel e.V. vom 02.02.2015 auf Umbenennung von Straßen im Neubaugebiet Hafenstraße (Bebauungsplan Nr. 201) Vorlage: 086/2015

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL spricht sich für eine Umbenennung der Straße in Anton-Wilhelm-Strahl-Straße aus, auch wenn Frau von Eßen jegliche Würdigung verdient hat und eine großartige Künstlerin war. Hier besteht die einmalige Chance mit der Straßenbenennung einen Bezug zur Geschichte herzustellen. Der ehemalige Bürgermeister Anton Wilhelm Strahl war der erste Eigentümer der Bauernstelle, auf deren Grundstücken jetzt gebaut wird. Ratsherr Funke bedauert die ablehnende Haltung der Ratsmehrheit.

Ratsherr Eilers erläutert, dass sich die ablehnende Haltung der Mehrheitsgruppe nicht gegen eine Würdigung des ehemaligen Bürgermeisters Strahl richtet, er hat jegliche Würdigung verdient. Allerdings wurde bereits im Zuge der Straßenbenennung der Carl-Nieraad-Straße die Absicht geäußert, die nächsten Straßen nach Frauen zu benennen. Zu diesem Wort sollte man stehen. Im Rahmen der Beratungen im Fachausschuss wurden die einzelnen Vorschläge abgewogen und bewusst eine Entscheidung für die Judith-von-Eßen-Straße getroffen. Bei dieser Benennung sollte es bleiben. Sicherlich wird Bürgermeister Strahl in anderer Weise gewürdigt werden können.

Beschluss:

Dem Antrag des Heimatvereins Varel e.V. auf Umbenennung der Straße Judith-von-Eßen-Straße in Anton-Wilhelm-Strahl-Straße wird entsprochen.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 5 Nein: 24 Enthaltungen: 1

6.3 Verwaltungsausschuss vom 28.05.2015

6.3.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 19.05.2015

6.3.1.1 Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung (Bürgermeister-Heidenreich-Straße) - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 104/2015

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 19.05.2015 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 146 (in der nach der öffentlichen Auslegung überarbeiteten Fassung) nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

Ratsherr Kühne nimmt aufgrund des Mitwirkungsverbotes nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

6.3.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 20.05.2015

6.3.2.1 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2013; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresverlustes Vorlage: 110/2015

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2013 wird beschlossen. Dem Vorstand wird vorbehaltlos Entlastung erteilt. Der ausgewiesene Jahresverlust per 31.12.2013 in Höhe von 119.611,97 EUR ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Einstimmiger Beschluss

6.4 Verwaltungsausschuss vom 18.06.2015

6.4.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 27.05.2015

6.4.1.1 Prädikatisierung Nordseebad Dangast Vorlage: 117/2015

Zu der Begründung der Kurverwaltung, dass die Stadt Varel sich keine kurmedizinische Abteilung mehr leisten kann, merkt Ratsherr Funke an, dass er schon frühzeitig darauf hingewiesen hat, dass im Weltnaturerbeportal Räumlichkeiten für private Anbieter vorgehalten werden sollten. Um das Prädikat zu erhalten ist es nicht notwendig, dass die Stadt selber die Einrichtungen betreibt. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL bedauert den Verlust des Prädikates sehr, es ist ein Verlust nicht nur für Dangast sondern für die ganz Stadt Varel. Darüber hinaus hätte sich Ratsherr Funke eine bessere Vermarktung des Alleinstellungsmerkmals der Sole gewünscht. Die Leitung für die Sole-Quelle hätte nicht mitverkauft werden dürfen.

Ratsherr Eilers erläutert, dass es Ziel der Mehrheitsfraktion war, das hohe Defizit der Kurverwaltung von 1,6 Mio. € im Jahr zu senken und gleichzeitig den Tourismus zu fördern. Dabei liegt die Kunst darin, Dangast nicht kaputt zu sparen. In den letzten Jahren konnte bereits das Defizit gesenkt werden, unter anderem durch die Schließung der kurmedizinischen Abteilung. Er hofft nun, dass sich im Laufe der Zeit private Anbieter für einen kurmedizinischen Betrieb finden. Zurzeit kann es sich die Stadt nicht leisten, diesen zu betreiben.

Der Verkauf der Kuranlage und der Bau des Weltnaturerbeportals führten zum Wegfall des Prädikats. Die Fraktion MMW hat sich immer gegen den Verkauf und Bau ausgesprochen. Sie bedauern die jetzige Entwicklung, können diese aber nicht mehr ändern. Sie werden sich daher der Stimme enthalten. Stellv. Bürgermeister Chmielewski erinnert in diesem Zusammenhang an die noch immer fehlende Leitbilddiskussion, aus seiner Sicht ist die Entwicklung in Dangast völlig konzeptlos.

Ratsfrau Papen weist darauf hin, dass sie sich immer gegen das Gesamtkonzept in Dangast ausgesprochen hat. Sie vermisst eine optimale Nutzung der Sole. Sie hält den Wegfall der Prädikatisierung für einen Rückschritt und ein Signal in die falsche Richtung. Sie lehnt den Beschlussvorschlag daher ab.

Ratsherr Bruns hätte die Prädikatisierung gerne aufrechterhalten, wenn es möglich gewesen wäre. Es ist aber Folge einer natürlichen Entwicklung. Im Jahr 1996 gab es noch ca. 20.000 Übernachtungen im Bereich der Badekuren, zuletzt waren es nur noch ca. 2.500. Dieser Trend kann in Varel nicht umgedreht werden. Daher stellt sich die Frage, ob sich ein privater Anbieter findet, der eine kurmedizinische Abteilung anbietet. Die Stadt kann es sich nicht leisten, dieses Angebot vorzuhalten.

Beschluss:

Es erfolgt die Anpassung der bisherigen Prädikatisierung auf die ausschließliche Prädikatisierung als „Nordseebad ohne kurmedizinische Kompetenz“.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 18 Nein: 7 Enthaltungen: 5

6.4.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 02.06.2015

**6.4.2.1 Resolution des Rates der Stadt Varel zur zukünftigen Nutzung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Friedrichsfeld
Vorlage: 128/2015**

Ratsherr von Polenz weist auf das wertvolle Gelände in Friedrichsfeld hin. Es ist ein Naherholungsgebiet für Varel und Bockhorn, welches so belassen werden sollte. Er wird für die Resolution stimmen auch wenn er wenig Hoffnung hat, dass sie eine Wirkung erzielt. Aus seiner Sicht gibt es wirkungsvollere Möglichkeiten, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Einwände zu äußern. Diese hat er selbst genutzt und regt an, dass die Stadt Varel diese auch nutzen sollte. Ratsherr von Polenz hat seine selbstformulierte Einwendung bereits den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gegeben und beantragt im nächsten Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz zu beraten, ob die Stadt Varel sich dieser Formulierung anschließt.

Der vorher mit der Gemeinde Bockhorn abgestimmte Resolutionsentwurf wurde in der Beratung in den Vareler Gremien abgehandelt. Sollte die Gemeinde Bockhorn dieser Änderung nicht zustimmen, schlägt Bürgermeister Wagner vor, eine eigene Resolution zu verfassen.

Die SPD/CDU/FDP-Gruppe wird sich mit dem Antrag des Ratsherrn von Polenz befassen und wenn es andere Möglichkeiten der Einflussnahme gibt, diese unterstützen. Ratsherr Bruns geht davon aus, dass die Zielsetzung gleich sein wird. In Friedrichsfeld bietet sich eine historische Chance, den Naturschutz mit dem Menschen in Einklang zu bringen. Man sollte die Menschen hier nicht ausschließen.

Beschluss:

Der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 02.06.2015 anliegende, ergänzte Resolutionsentwurf wird beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

6.4.3 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 04.06.2015

**6.4.3.1 Antrag auf Einrichtung eines außerschulischen Ganztagsangebotes an der Grundschule Obenstrohe
Vorlage: 139/2015**

Ratsfrau Papen begrüßt das einstimmige Votum für das Betreuungsangebot an der Grundschule Obenstrohe, allerdings sollte die Frage der Qualität nicht außer Acht gelassen werden. Die Nachmittagsbetreuung der Schulkinder ist eine wichtige Angelegenheit und hier wird ein schönes Angebot geschaffen. Sie hätte es aber befürwortet, wenn es mit der Einrichtung einer offenen Ganztagschule in Obenstrohe verbunden worden wäre. Sie wird sich daher der Stimme enthalten. Obenstrohe ist die einzige Schule in Varel, die noch keinen Ganztagschulbetrieb anbietet. Die Politik sollte darauf hinwirken, dass die Grundschule Obenstrohe einen Antrag auf Ganztagschule stellt. Das Angebot der Ganztagschule hat eine ganz andere Qualität, als eine reine Betreuung. Es wäre daher aus ihrer Sicht sinnvoller gewesen, die zuverlässige Betreuung mit der Ganztagschule zu verknüpfen. Es sollte jetzt daran gearbeitet werden ein qualitatives Betreuungsangebot für alle Schulen zu errichten, um es flächendeckend anzubieten.

Ratsfrau Dr. Engstler weist darauf hin, dass dieses Angebot so kurzfristig für Obenstrohe geschaffen wurde, weil die Hortbetreuung im Kindergarten zum Ende dieses Schuljahres aufgekündigt wurde und die Eltern daher nach den Sommerferien ein großes Problem hätten. Für die kurze Zeit wurde eine gute Lösung gefunden, die ausgearbeitet werden muss. Obenstrohe wird als Pilotprojekt für ein mögliches Betreuungsangebot an den anderen Grundschulen gesehen. Im Antrag hatten die Obenstroher Eltern sich bereit erklärt, sich an den Kosten der Betreuung zu beteiligen. Die Stadt kann die Kosten nicht ganz übernehmen, hat sich aber bereit erklärt die Overhead-Kosten zu tragen. Etwas unglücklich ist, dass gerade Obenstrohe keinen Ganztagsbetrieb anbietet und sich daher eigentlich nicht optimal als Pilotprojekt anbietet. Das Angebot wurde jetzt aber aus der Not heraus geschaffen.

Nach den Sommerferien werden die Eltern der anderen Grundschulen nach dem Bedarf befragt. Sollte sich zeigen, dass Bedarf besteht und ein Antrag der Schule und der Eltern eingebracht werden, kann auch an anderen Schulen eine Betreuung eingerichtet werden.

Aus Sicht des Ratsherr Böcker kann Obenstrohe kein Pilotprojekt sein, da diese

Grundschule im Gegensatz zu den anderen keine Ganztagschule anbietet. Er bedauert, dass Obenstrohe nicht zunächst Ganztagschule geworden ist. Jetzt müssen die Eltern für die Betreuung von Montag bis Freitag zahlen, sonst wäre es nur für den Montag und Freitag. Insgesamt stimmt er aber dem Beschlussvorschlag zu.

Ratsherr Biebricher weist darauf hin, dass in Obenstrohe in kürzester Zeit eine Lösung für die Nachmittagsbetreuung der Kinder gefunden werden musste, da der Kindergarten die Betreuung aufgekündigt hat. In den Vorgesprächen hat sich gezeigt, dass viele komplexe Probleme gelöst werden müssen, um am Ende der Sommerferien eine zuverlässige Betreuung anbieten zu können. Dabei kann die Schule nicht gezwungen werden eine Ganztagschule zu beantragen, diesen Antrag muss sie von sich aus stellen. Eine Ganztagschule bietet Betreuung an 3 Tagen, die jetzt vorgeschlagene Betreuung wird an 5 Tagen angeboten. Aus Sicht des Ratsherrn Biebricher ist es daher ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Fraktion MMW wird dem Beschlussvorschlag zustimmen, sie halten es aber nicht für die Ideallösung. Hier wird nur eine Minimallösung mit Betreuung ohne Ganztagschulbetrieb angeboten. Die offene Ganztagschule ist aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski sowieso nur eine abgespeckte Sparversion und es sollte von den Parteien politischen Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, eine verlässliche Ganztagschule mit bezahlten Lehrerstunden einzurichten.

Ratsherr Bruns erkennt im Rat ein Einvernehmen über das Ziel einer sinnvollen Nachmittagsbetreuung. Er hätte sich gewünscht, dass der Einfluss der Stadt auf die Grundschule Obenstrohe, eine offene Ganztagschule zu beantragen, größer gewesen wäre. Das Versäumnis der Grundschule Obenstrohe, dass sie keine Ganztagschule beantragt hat, kann in der kurzen Zeit nicht nachgeholt werden. Er bedauert, dass die Eltern der Grundschulen bei der Nachmittagsbetreuung dadurch finanziell unterschiedlich belastet werden. Es sollte Ziel sein, auf eine einheitliche Regelung hinzuarbeiten und gleichzeitig Druck auf die Landesregierung für eine qualitativ höhere Ganztagsbetreuung auszuüben. Die SPD-Fraktion spricht sich für den Antrag aus, auch wenn sie ihn nicht für die Optimallösung hält.

Aus Sicht des Ratsherrn Eilers ist es ein großer Schritt nach vorne. Aus der Not der Eltern heraus wurde eine akzeptable Lösung gefunden. Mehr kann sich die Stadt nicht leisten. Sie gibt jetzt schon jedes Jahr ca. 2,5 Mio. € für die Kinderbetreuung aus. Gemessen an den Möglichkeiten wurde durch das starke Engagement aller die Situation in der Nachmittagsbetreuung durch schnelles effektives Handeln deutlich verbessert.

Ratsherr Meinen sieht die Verantwortung für die aktuelle Situation nicht in Versäumnissen der Grundschule Obenstrohe, sondern in dem jämmerlichen Angebot der Landesregierung für eine Ganztagschule. Die Finanzierung durch das Land ist schlecht, hier stiehlt sich das Land aus der Verantwortung. Die Grundschule Obenstrohe hat noch keine offene Ganztagschule beantragt, da sie dieses nicht akzeptieren möchte. Die Verantwortung, dass die Grundschule Obenstrohe noch keine Ganztagschule ist, liegt daher nicht bei ihr, sondern beim Land. Eltern, die eine Nachmittagsbetreuung über eine Ganztagschule vorziehen, haben die Möglichkeit ihre Kinder bei einer anderen Schule in Varel zu beschulen. Dieser Weg steht den Eltern offen. Mit der jetzt angebotenen Betreuung an der Grundschule Obenstrohe bietet die Stadt Varel an, was sie sich leisten kann. Er wird daher dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ratsherr Boyken hofft nicht, dass dieses Konzept ein Pilotprojekt wird und andere Schulen es übernehmen. Da kein Ganztagsangebot besteht, müssen die Eltern die gesamten Kosten übernehmen. Die Eltern sollten über die Gesamtkonferenz ihre Möglichkeit wahrnehmen Einfluss auf die Schule auszuüben. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL wird dem Vorschlag zustimmen, sehen darin aber kein Plus für Kinderland Varel.

Beschluss:

- 1.) Die Nachmittagsbetreuung in den Grundschulen der Stadt Varel wird ausgebaut.
- 2.) Dem Antrag der Obenstroher Eltern wird entsprochen. Die Einrichtung des Angebotes erfolgt für die Stadt Varel kostenneutral. Overheadkosten werden von der Stadt Varel getragen.
- 3.) Die Erfahrungen in Obenstrohe werden zum Beginn des Halbjahres des Schuljahres 2016/2017 ausgewertet.
- 4.) In den übrigen Grundschulen, die derzeit schon im Ganztagesbetrieb arbeiten, wird zeitnah eine Umfrage durchgeführt, ob eine zusätzliche, kostenpflichtige Nachmittagsbetreuung eingerichtet werden soll.
- 5.) Die Organisation einschließlich der Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten erfolgt durch die Stadt Varel.

Einstimmiger Beschluss

Ja: 28 Enthaltungen: 2

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Wagner bezieht sich auf die heutige Pressemitteilung in der NWZ, in der darauf hingewiesen wird, dass die Stadt Varel vom Land einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 653.267,35 € erhalten kann. Die Stadt Varel hat einen Eigenanteil in Höhe von 10% zu leisten. Er mahnt an, aufgrund dieser Sonderzahlung nicht in Euphorie zu verfallen. Die Stadt befindet sich weiterhin in Konsolidierung und hat sich an die Zielvereinbarungen mit dem Land und dem Landkreis Friesland zu halten. Es ist kein Grund Sparbeschlüsse zurückzunehmen. Die Stadt hat bis 2018 Zeit zu entscheiden, für welche Investitionen sie diese Sonderzahlung in Anspruch nehmen möchte. Es sollte nicht fälschlicher Weise angenommen werden, dass die Stadt nach dem Millionenzuschuss keine Schulden mehr hat, lediglich der Kassenkredit ist ausgeglichen, die langfristigen Schulden bestehen weiterhin.

8 Anträge und Anfragen

Auf Nachfrage des Ratsherrn Müller teilt Bürgermeister Wagner mit, dass an dem Sanierungskonzept für die städtischen Mietwohnungen noch gearbeitet wird.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski bittet die Fraktionen zügig über den Entwurf zur Satzung über die Bürgerbefragung zu beraten, damit das Thema noch vor den Sommerferien in den Gremien behandelt werden kann.

Um 20:50 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)